

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.03.2022

Inhalt

EWN

1 Was wird jetzt aus der Vorpommern-Pipeline? <i>Nordkurier - Haff-Zeitung, 23.03.2022</i>	3
2 Wirtschaft in MV wehrt sich gegen Hotspot-Regel <i>nordkurier.de, 22.03.2022</i>	4
3 Ein Atommüll-Endlager in der Region? <i>Neu-Ulmer Zeitung, 23.03.2022</i>	5

📰 Nordkurier - Haff-Zeitung | 23.03.2022 | S. 12

📄 Auflage: 4.567 | Reichweite: 15.297

👤 Carsten Schönebeck

Was wird jetzt aus der Vorpommern-Pipeline?

Längs durch Vorpommern gruben sich die Bagger für die Eugal-Pipeline. Seit einem Jahr ist sie in Betrieb und sollte als Verlängerung von Nordstream 2 auf dem Festland russisches Gas nach Osteuropa bringen. Was wird jetzt aus der Milliarden-Röhre?

Anklam. Fast 500 Kilometer, zwei Stränge, gedacht für den Transport von 55 Milliarden Kubikmetern Erdgas pro Jahr. Die Eugal-Pipeline war für Vorpommern ein enormes Bauprojekt, das vor und während der rund zwei Jahre Bauzeit so manche Gemeinde schwer beschäftigte. Die Lagerplätze der riesigen Röhrenteile (Außendurchmesser rund 1,4 Meter) prägten zeitweise das Landschaftsbild der Region.

Die vor mehr als einem Jahr fertiggestellte Pipeline sollte eine Art Festland-Verlängerung für Nordstream 2 werden, um das russische Erdgas von Lubmin aus durch Vorpommern, Brandenburg und Sachsen weiter nach Tschechien zu transportieren. Ziemlich genau so, wie es mit der parallel verlaufenden Opal-Röhre für Nordstream 1 funktioniert. Doch während Sanktionen, politische Manöver und zuletzt das Aus für Nordstream 2 die Republik bewegten, ist Eugal inzwischen regulär in Betrieb.

Nutzung unabhängig von Nordstream möglich

Hauptgesellschafter ist das Unternehmen Gascade mit Sitz in Kassel – Tochterunternehmen in einem russisch-deutschen Firmengeflecht. Dort mühte man sich am Dienstag auf Nordkurier-Anfrage um rhetorische Distanz zur Ostsee-Pipeline. „Eugal wurde als eigenständiges Projekt entwickelt und realisiert und ist vollständig integriert in das regulierte Ferngasnetz“, heißt es in der schriftlichen Antwort. Gleichzeitig betont man: „Die Leitung wurde vollständig auf Basis der in Deutschland geltenden Gesetze und Regelwerke genehmigt und wird gemäß den geltenden rechtlichen Anforderungen betrieben.“ Die Unternehmensleitung hatte wenige Tage nach Beginn des Krieges in der Ukraine Statements veröffentlicht, in denen man sich ebenfalls um Distanz zu den politischen Konflik-

ten bemühte. Man sei „zutiefst schockiert, erschüttert und besorgt.“. Das eigene Geschäft sei geprägt von einer langjährigen Zusammenarbeit mit russischen Partnern. „Als deutsches Unternehmen stehen wir für zentrale Werte wie Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – und für Solidarität untereinander. Umso bestürzt macht uns, was in diesen Tagen passiert.“

Bereits seit 2020 wird der erste Strang der Eugal, seit verganginem Jahr auch der zweite genutzt, um auf diesem Weg Erdgas zu transportieren. Am Startpunkt in Lubmin landet neben Nordstream 1 auch eine weitere Pipeline (Nel) an, die durch Ost- und Nordsee bis in die Niederlande reicht. Technisch sei es damit auch möglich, Gas zu transportieren, das über sogenannte LNG-Terminals kommt und als Flüssiggas per Frachter nach Europa importiert wird. Deutschland selbst verfügt, anders als andere europäische Länder, noch nicht über eigene Terminals. Der Einkauf über Nachbarländer war in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung aber als eine Möglichkeit genannt worden, die Abhängigkeit von Russland zeitnah zu reduzieren. „Als Fernleitungsnetzbetreiber halten wir Infrastruktur vor. Die Quellen und Gasflüsse können sich ändern und wir können diese Entwicklung konstruktiv begleiten“, betont das Unternehmen.

Dass der dauerhafte Betrieb der Eugal bis dahin wirtschaftlich schwierig werden könnte, dementierte Gascade am Dienstag. Bereits Jahre vor der Fertigstellung seien Kapazitäten gebucht worden. „Die physischen Gasmengen kommen dabei über die Verbindung zwischen EUGAL und NEL-Pipeline und werden den Buchungen entsprechend Richtung Süden weitertransportiert“, heißt es aus der Pressestelle von Gascade.

Wirtschaft in MV wehrt sich gegen Hotspot-Regel

Die Arbeitgeber in MV stellen sich in der Corona-Politik gegen die rot-rote Landesregierung. Dabei geht es um die vorgesehene Hotspot-Regel, die ab dem 2. April gelten soll.

Schwerin. Der Dachverband der Arbeitgeberverbände in MV (VuV) sieht die künftige Corona-Politik der Landesregierung kritisch. „Die seit Montag bis zum 2. April geltenden Übergangsregelungen haben wir noch zähneknirschend mitgetragen. Nicht zuletzt wegen der derzeit angespannten Lage in den Krankenhäusern, die vor allem auf krankheits- und quarantänebedingte Personalausfälle zurückzuführen ist“, sagte Arbeitgeber-Präsident Lars Schwarz

Eine bloße Fortführung der Maßnahmen über den 2. April hinaus lehnt der Unternehmerverband ab. Mecklenburg-Vorpommern sei kein Hotspot. Schwarz weiter: „Der Landtag und die Landesregierung sind aufgefordert, den rechtlichen Bedenken des Bundesjustizministers zu folgen. Das letzte Woche beschlossene Infektionsschutzgesetz gibt es nicht her, ein ganzes Land in „Hotspot-Haftung“ zu nehmen.“ Man müsse endlich anerkennen, dass Corona unser Leben auf Dauer begleiten werde. Die bestens bekannte und eingeübte AHA-Regel (Abstand, Händewaschen und Hygienemaßnahmen) und die dringend erforderliche Impfpflicht seien erforderliche Basismaßnahmen – er-

gänzt durch freiwillige Testangebote durch das bestehende Netz von Testzentren, betonte Schwarz. „Verpflichtende 3G, 2G sowie 2G-Plus-Regeln sind nicht mehr verhältnismäßig und würden nach wie vor viele Branchen wirtschaftlich sowie die Gesellschaft insgesamt belasten. Nicht zuletzt, wenn alle Nachbarbundesländer schon jetzt und auch künftig auf Testpflichten verzichten.“

Dagegen unterstrich Gesundheitsministerin Stefanie Drese (SPD) im Anschluss an die Sitzung des Landeskabinetts die Priorität der Hotspot-Regel, die ab dem 2. April gelten soll. Das Gesundheitssystem und besonders die Lage an den Kliniken sei aufgrund der hohen Inzidenzwerte und des Quarantäne bedingten Ausfalls von bis zu 30 Prozent des Pflegepersonals an der Belastungsgrenze – es drohe eine Überlastung. Deshalb sollen mit der Maskenpflicht in Innenräumen sowie 3G- und optional 2G- beziehungsweise 2G-plus-Regeln weitere strengere Corona-Maßnahmen möglich sein, stellte Drese fest. Einen entsprechenden Antrag will die Landesregierung am Donnerstag im MV-Landtag einbringen.

Neu-Ulmer Zeitung

📰 Neu-Ulmer Zeitung | 23.03.2022 | S. 24

📄 Auflage: 8.391 | Reichweite: 37.576

👤 Jonas Klimm

Ein Atommüll-Endlager in der Region?

Atomkraft Für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen kommen die Region um Ulm und der Landkreis Neu-Ulm infrage. Wie lange die Entscheidung noch dauert.

Ulm/Landkreis Neu-Ulm. Deutschland befindet sich auf der Suche nach einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll. Rund 10.500 Tonnen desselben werde derzeit in Zwischenlagern aufbewahrt, erklärt Monika Hotopp, Pressesprecherin der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE).

Um Sicherheit für eine Million Jahre gewährleisten zu können, sucht die Behörde auf wissenschaftlicher Basis nach einer passenden Endlagerstelle. Hierfür kämen nach derzeitigem Stand 90 Teilgebiete infrage. In der engeren Auswahl befindet sich auch ein weitläufiger Bereich, in dessen Zentrum Ulm und der Landkreis Neu-Ulm liegen. Hier und an drei weiteren Standorten in Deutschland wollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bald ihre Methoden erproben.

Charakteristisch für den Landkreis Neu-Ulm und Umgebung ist die spezielle Untergrundbeschaffenheit, denn hier ist der Opalinuston vorherrschend. In der Schwäbischen Alb liegt die Basis dieser Schicht zwischen 400 und 1500 Metern unter der Oberfläche und ist mancherorts bis zu 300 Metern dick. Ein selbst für radioaktiv strahlendes Material schwer zu durchdringendes Fundament.

In einem Zwischenbericht der BGE aus dem September 2020 kamen die Forscher bereits zu dem Ergebnis, dass die Region eine „günstige geologische Gesamtsituation für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle“ bietet. Aber auch Schwierigkeiten bei einer möglichen Endlagerung im Umkreis wurden nicht ausgespart: Die gebirgsmechanischen Eigenschaften seien nicht optimal.

„Es gibt klare Kriterien, die ein Endlager erfüllen muss“, erklärt BGE-Kommunikationschefin Dagmar Dehmer auf Nachfrage unserer Redaktion. „Oberstes Ziel ist, dass stark strahlende Radionuklide nicht aus den Gesteinen ausdringen.“ Deshalb sei eine bestmögliche, tiefengeologische Lagerung erforderlich. Zudem dür-

fe es in der Umgebung keine seismische oder vulkanische Aktivität geben. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Endlagersuche sei, ob es Deckgebirge gebe, die einen zusätzlichen Schutz gegen das Ausdringen radioaktiver Stoffe bieten.

Wie sind nun die nächsten Schritte? „Wir befinden uns am Ende von Phase eins des Standortauswahlverfahrens“, sagt Dehmer. Voraussichtlich ab Ende Juni werde die Testung der Methodik in den vier Regionen beginnen. Dabei würden unter anderem die geologischen Gegebenheiten genauer unter die Lupe genommen.

Außerdem werden Modellrechnungen angestellt, mithilfe denen bestimmte Szenarien durchgespielt würden. Dehmer erklärt: „Sollten Radionuklide in beispielsweise 1000 Jahren austreten und durch ölige Substanzen fortgetragen werden, stellen sich die Fragen, wie weit sich die atomaren Stoffe wegbewegen könnten und wie lange das dauern würde.“ Die Sicherheitsuntersuchungen werden Jahre in Anspruch nehmen, prognostiziert Dehmer. „Das sind sehr aufwendige Verfahren.“

Wann ist ein Ende der Analysen zu erwarten? Dehmer bemüht ein Beispiel: „Sie müssen sich die Endlagersuche wie einen Hürdenlauf mit immer größer werdenden Hürden vorstellen. Momentan haben wir 90 Teilgebiete, davon werden über die Jahre immer mehr aus der Auswahl ausscheiden aufgrund bestimmter Faktoren. Und am Ende bleibt der am besten geeignete Standort übrig.“ Das Ziel sei, fügt Dehmer hinzu, im Jahr 2031 eine Entscheidung hinzubekommen. „Dann könnte das Endlager ab 2050 in Betrieb genommen werden.“

Welcher Standort es letztlich wird, kann also derzeit nicht vorausgesagt werden. Nur eines steht fest: Die Region um Ulm und den Landkreis Neu-Ulm ist weiterhin in der engeren Auswahl.